



In Conakry, Guinea, liegen viele Boote monatelang am Strand. Es lohnt sich für die einheimischen Fischer nicht, auf das Meer hinauszufahren, denn europäische und chinesische Fangflotten lassen kaum Fisch übrig.

# Aus fernen Meeren auf unseren Teller

Die EU-Fischereipolitik hat Einfluss auf die Fischbestände anderer Länder – doch nach Kohärenz für Entwicklung sucht man vergebens

| Francisco Mari

Weil Mittelmeer, Ost- und Nordsee überfischt sind, dezimieren europäische Fernfangflotten den Fisch vor anderen Küsten – von dem die dortige Bevölkerung lebt. 2010 hat die EU in Vorbereitung der jetzt anstehenden Fischereireform selbst anerkannt, dass ihre bisherige Fischereipolitik in Bezug auf Hungerbekämpfung und Armutsminderung versagt hat.

Fisch gilt als gesund. Doch während Europa sich mit landwirtschaftlichen Produkten gut selbst versorgen könnte, ist das beim Fisch anders. Eine Intensivierung der Produktion in der Fischerei auf Kosten der ökologischen Nachhaltigkeit, wie in der Landwirtschaft, ist

nicht möglich. Europa ist daher zum größten Fischmarkt der Welt geworden. Weniger als die Hälfte des in Europa konsumierten Fisches stammt aus EU-Meeren. In Deutschland werden 80 Prozent importiert.

Schon lange werfen die europäischen Fernfangflotten ihre Netze außerhalb Europas aus. Bereits in den 1950er Jahren hat zum Beispiel Spanien seinen großen Fischhunger in argentinischen Gewässern gestillt. Das war ohne Abkommen möglich, weil Küstenstaaten nur bis 12 Seemeilen über ihre Gewässer bestimmen konnten. Davon profitierten auch die westeuropäischen Flotten, zum Beispiel vor Island. Aber dann rief das kleine Land auf einmal eine 200-Meilen-Zone um sich herum aus und verbot ausländische Fangboote den Zugang. Am Ende dieses als Kabeljaukrieg in die Geschichtsbücher eingegangenen Konfliktes hatte die Weltgemeinschaft sich auf ein Abkommen geeinigt, das bis heute beispielhaft ist – das Seerechtsübereinkommen (SRÜ).

## | Raubfischerei trotz des Seerechtsübereinkommens

Die Ozeane werden von der Weltgemeinschaft verwaltet, dafür bekamen alle Küstenländer Souveränitätsrechte über 200 Seemeilen jenseits ihrer Küste. Damit befanden sich auf einmal 90 Prozent aller Fischbestände in nationalen Gewässern und die europäische Flotte konnte nicht mehr so einfach die auf den heimischen Märkten begehrten Edelfischarten umsonst fischen. Doch eine Hintertür gab es: Das SRÜ schreibt vor, dass ein Überschuss an Fischbestand, der nicht selbst gefischt werden kann, anderen Ländern angeboten werden muss – gegen eine entsprechende Kompensation. Bis heute zahlt die EU den inzwischen „Partnerstaaten“ genannten Entwicklungsländern eine Gebühr, damit sie der EU-Fangflotte Zugang zu ihren Fischgrün-

den gewähren. So gelangte sie weiterhin in die Gewässer der westafrikanischen Küstenländer, den Pazifik oder den Indischen Ozean.

Nach 10 Jahren Raubfischerei gingen besonders die Edelfischarten vor Westafrika zur Neige. 2004 gab es daher im Senegal die ersten heftigen Proteste der traditionellen einheimischen Kleinfischer, die dort seit jeher fischen, gegen eine Verlängerung des Fischereiabkommens mit der EU. Bis dahin hatte die EU-Kommission es immer geschafft, korrupte Eliten wie in Guinea oder Guinea-Bissau mit dem Geld der Abkommen, die die EU auf der Grundlage des SRÜ geschlossen hat, zu ködern. Zwar nennen sich seit 2000 die Abkommen „Partnerschaftliche Verträge“ und sehen einen Anteil zur Unterstützung der Kleinfischerei vor, aber bei diesen Fischern kommt nichts an. 2006 hat das erste Land aufgrund der Proteste der eigenen Fischer ein Abkommen nicht verlängert: Senegal. Der Schock in Brüssel währte nicht lange. Die mit EU-Subventionen modernisierten Boote wurden umgeflaggt, in Gemeinschaftsunternehmen eingebracht und weiter ging die Fischerei, nun unter der Flagge des Senegal. Es wird zwar Umsatzsteuer bezahlt, aber das ist weniger, als die früher fälligen Fanglizenzen gekostet haben. Und es ist Kleingeld im Vergleich zum Wert des Fisches auf dem spanischen Markt, wohin er nach kurzem Umladen gelangt.

### | Fischen nach Nachhaltigkeitskriterien

2010 hat die EU in Vorbereitung der jetzt anstehenden Fischereireform selbst anerkannt, dass die EU-Fischereipolitik in Bezug auf Hungerbekämpfung und Armutsreduzierung vollkommen versagt hat. Und in dem Vorschlag zur neuen Fischereipolitik gibt es tatsächlich zum ersten Mal ein Kapitel zur „externen Dimension“. Es wird zumindest anerkannt, dass europäische Fischereipolitik auch Einfluss auf die Bestände und die Fischerei anderer Länder hat. Aber auch jetzt sucht man vergebens nach Kohärenz für Entwicklung.

Die „Generaldirektion Entwicklung“ wird systematisch außen vor gelassen bei Entscheidungen der „Generaldirektion für mari-

*2010 hat die EU selbst anerkannt, dass die EU-Fischereipolitik in Bezug auf Hungerbekämpfung und Armutsreduzierung versagt hat.*

time Angelegenheiten und Fischerei“. Und nicht einmal im Ansatz wird die Absicht geäußert, bei der Verlängerung von Abkommen mit Entwick-

lungsländern entwicklungspolitische Wirkungsanalysen durchzuführen. Im Vorfeld der Reform hatten „Brot für die Welt“ und weitere Netzwerke angeboten, eine solche Wirkungsanalyse mit zu unterstützen, aber die Kommission lehnte ab. EU-Fischereipolitik habe nichts mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun, hieß es.

2010 änderte sich mit der neuen EU-Kommissarin für Fischerei, Maria Damanaki, einiges, wenn auch nicht alles. Beispielsweise ist nun in der Regulierung eine Menschenrechtsklausel enthalten, aber das Abkommen soll nur bei Menschenrechtsverletzungen, für die die Partnerländer verantwortlich sind, ausgesetzt werden – eine Verletzung des Rechts auf Nahrung durch die EU-Flotte ist bisher kein Grund dafür. Zudem besteht die EU darauf, dass die Partnerländer ein Teil der Zahlungen für den Aufbau der nationalen Küstenfischerei verwenden, schweigt aber dazu, dass die lokalen Fischer nichts davon abbekommen.

Immerhin: Alle EU-Boote, ob mit oder ohne Flagge der EU, sind verpflichtet, sich an die Nachhaltigkeitskriterien der EU zu halten, egal wo sie auch fischen. Das ist ein wichtiger Schritt. Unklar ist allerdings, wer Verstöße dagegen ahnden soll. Die bisherigen Erfahrungen mit den nationalen Staatsanwaltschaften (besonders mit der spanischen, denn 70 Prozent der EU-Fernfangflotte fährt unter spanischer Flagge oder gehört teilweise spanischen Unternehmen) sind nicht sehr ermutigend. Während also Kleinfischerverbände, nichtstaatliche Organisationen und auch internationale Geber versuchen, die Ressource Fisch für die Bekämpfung von Mangelernährung, Hunger und Armut zu erhalten, bleibt das Grunddilemma der EU-Fischereipolitik bestehen: Sie soll den Hunger nach Fisch der EU-Bürger sättigen und schafft es nicht einmal, soweit für die Regeneration der eigenen Bestände zu sorgen, dass mehr Fisch aus der EU konsumiert werden kann. Aber es ist absehbar, wann auch die Bestände in den Entwicklungsländern abgefischt sein werden: Die FAO spricht von 2048, wenn es so weitergeht.

Um den bald nicht mehr existierenden Wildfisch zu ersetzen, bereitet die EU die nächste Fischoffensive vor: Aquakulturen in strukturschwachen Gebieten an den Küsten seien die Lösung für den Fischhunger Europas. Mecklenburg-Vorpommern darf sich freuen, nicht nur die größten Schweine- und Hühnerställe zu haben, sondern vielleicht auch bald die größten Fischteiche. Um Zuchtfisch zu füttern, braucht es allerdings Fischmehl. Im Frühjahr dieses Jahres haben russische und baltische Fangboote und Fabriksschiffe im Einverständnis mit der senegalesischen Regierung bereits die gesamte Menge einer Fangsaison gefischt und zu Fischmehl verarbeitet. Tausende von Kleinfischern hatten für Monate kein Einkommen, die Konsumenten keine proteinhaltige Nahrung. Immerhin gingen sie auf die Straße und trugen mit zum Sturz der korrupten Regierung bei. Aber für die Fischerorganisationen, wie dem von „Brot für die Welt“ unterstützten westafrikanischen Fischereiverband CAOPA, ist klar, dass die EU Partizipation und Transparenz an die erste Stelle in ihren Fischereibeziehungen setzen muss, wenn sie in den nächsten Jahren noch in Gewässern von Entwicklungsländern fischen will.

Langfristig braucht die EU-Fernfangflotte außerdem eine Ausstiegsstrategie: Die EU sollte anderen Ländern die Nutzung ihrer Fischbestände überlassen und sich darauf konzentrieren, die Bestände in den eigenen Gewässern wieder aufzubauen, falls noch möglich. Sie könnte in den regionalen Verwaltungsausschüssen der Weltmeere (RFMO) auch andere Nationen beeinflussen, das Leben in den Ozeanen und die Fischressourcen für die Bevölkerung in armen Ländern zu erhalten. Das wäre ein wichtiger Schritt, um den Grundsatz der EU-Verträge zu erfüllen, entwicklungspolitische Kohärenz in allen Politikentscheidungen herzustellen. ||



**Francisco Mari**

ist Handels-, Fischerei- und Agrarexperte bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.